

Die Frage, ob und wenn ja in welcher Höhe der Staat sich verschulden sollte, wird in Deutschland seit vielen Jahren in Politik und Wissenschaft kontrovers diskutiert. Die verschiedenen Positionen werden beispielhaft in der Debatte um die Schuldenbremse deutlich.

Pro & Contra Schuldenbremse und die Haltung der im Bundestag vertretenen Parteien

Die Schuldenbremse sollte nicht infrage gestellt werden!

Der Verzicht auf eine Schuldenbremse führt vor allem zu einer immer weiter steigenden Verschuldung öffentlicher Haushalte. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland haben das gezeigt. Die Folgen einer solchen Haushaltspolitik sind gravierend, vor allem für die zukünftigen Generationen, die die Schulden plus Zinsen zurückzahlen müssen. Noch im Jahr 2011 machten die Zinszahlungen den zweitgrößten Posten im Bundeshaushalt aus. Durch diese Zahlungsverpflichtungen wird der politische Handlungsspielraum eingeschränkt, denn das Geld, das für Zinszahlungen aufgewendet werden muss, fehlt für Sozialleistungen, Bildung, Kultur und Investitionen. An dieser Tatsache ändern auch die derzeit niedrigen Zinsen nichts, die Deutschland für neue Schulden zahlen muss. Denn die Zinsen werden nicht für immer um die null Prozent liegen, sondern irgendwann auch wieder steigen. Die Schuldenbremse verhindert auch nicht, dass in wichtige Bereiche wie Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur investiert werden kann. So können durch Ausgabenkürzungen im Haushalt Gelder eingespart werden, die dann wiederum für Investitionen zur Verfügung stehen. Auch schränkt die Schuldenbremse den Staat bei der Bewältigung der Corona-Krise nicht ein, im Gegenteil. Ohne die Schuldenbremse wären die finanziellen Möglichkeiten für Hilfen in der Krise deutlich geringer.

Die Schuldenbremse muss abgeschafft oder gelockert werden!

Ja, die Schuldenbremse hat dazu beigetragen, dass die Nettoneuverschuldung bis zur Corona-Krise auf Null gesunken ist, aber zu welchem Preis? In Deutschland besteht ein enormer Investitionsstau. So hat uns die Corona-Krise vor Augen geführt, wie hoch der Ausbauebedarf der digitalen Infrastruktur ist. Auch in anderen Bereichen fehlt es an Geld für Investitionen: Klimaschutz, Verkehrsinfrastruktur oder Bildung – um nur einige zu nennen. Ohne neue Schulden sind diese Investitionen nicht zu stemmen. Entgegenhalten könnte man nun, dass die notwendigen Investitionen durch Ausgabenkürzungen finanziert werden können. Aber bevor man darüber nachdenkt, Sozialleistungen zu kürzen, sollte man sich lieber mal die Frage stellen, was eigentlich gegen eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung, also für eine Abkehr von der Schuldenbremse spricht. Als erstes wären die niedrigen Zinsen zu nennen. Der Bund kann sich derzeit zum Nulltarif Geld leihen. Und weil die Zinsen in absehbarer Zeit nicht steigen werden, wird sich das auch nicht ändern. Zweitens kurbeln Investitionen, die durch neue Schulden möglich wären, die Konjunktur an. Dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen und der private Konsum nimmt zu. Und die künftigen Generationen? Die profitieren von einer guten digitalen Infrastruktur, Klimaschutz und guten Schulen. Dafür muss die Schuldenbremse übrigens noch nicht mal völlig abgeschafft werden. Es würde reichen, wenn sie gelockert werden würde.

1 a) Was spricht für die Schuldenbremse, was dagegen? Trage die jeweiligen Argumente links und rechts ein.

b) Recherchiere die Argumente der im Bundestag vertretenen Parteien zur Schuldenbremse. Welche Position und Argumente vertreten sie? Ordne mit Pfeilen den Argumenten aus Aufgabe a) die Positionen der Parteien zu. Ergänze ihre Haltung, wenn die Parteien andere Argumente anführen.

Argumente für die Schuldenbremse	← →	Argumente gegen die Schuldenbremse
	CDU/CSU	
	SPD	
	AfD	
	FDP	
	Die Linke	
	Bündnis90/ Die Grünen	